

7. Die Corona-Krise: Ende der Globalisierung?

KARL-HEINZ PAQUÉ

Das Jahr 2020 wird als ein ganz besonderes in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Das ist heute schon klar. Die Corona-Krise hat zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums geführt, wie es ihn seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat. So schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung, (saisonbereinigt) im ersten Quartal 2020 in der Europäischen Union um 3,2 Prozent und im zweiten Quartal um 11,9 Prozent. Im Vorjahresvergleich waren es im zweiten Quartal ein Einbruch von 14,4 Prozent und im Vergleich zum 2. Quartal des Vorjahres 11,7 Prozent. Man muss schon sehr weit in der Geschichte von Friedenszeiten zurückgehen – bis zur Weltwirtschaftskrise 1930/32 –, um einen Einbruch dieses Ausmaßes in der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Europa und Deutschland zu finden. Selbst die Weltfinanzkrise 2008 kann da nicht mithalten. In ihrer Folge brach in Deutschland das BIP 2009 um rund 5 Prozent ein, das ist gerade mal die Hälfte dessen, was die Nation gerade durch Corona durchmacht.



Abb. 1 „Aussichten der deutschen Schlüsselindustrie“

© Heiko Sakurai, 07.04.2020

64

■ Unsicherheit als Zeichen der Krise

Es gibt drei Gründe, warum es extrem schwierig ist, die Folgen dieser Krise abzuschätzen. Erstens ist es genau deren gigantisches Ausmaß, das alle bisherigen Erfahrungshorizonte sprengt und entsprechende Vergleiche entwertet. Zweitens ist es ihre globale Dimension: Praktisch alle Länder der Welt sind betroffen, erleben ihren eigenen scharfen wirtschaftlichen Einbruch und sind gleichzeitig von den massiven Einbrüchen in Handelspartnerländern schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bei der hohen internationalen Verflechtung macht dies Prognosen umso schwieriger. Drittens ist der Charakter der Krise ein ganz besonderer. Es geht nämlich nicht um eine Krise, die ihren Ursprung in der Wirtschaft selbst hat, sondern in einem simplen medizinischen Tatbestand: der extrem leichten Verbreitung eines Virus – genannt: Covid19 –, der die risikolosen Kontaktmöglichkeiten massiv einschränkt und damit auch das gesellschaftliche Leben, zu dem vor allem auch die wirtschaftliche Tätigkeit gehört. Das hat es noch nie gegeben – jedenfalls nicht in der Form, dass die globale Gesellschaft ihre Aktivität wegen der Risiken bewusst und gewollt zurückführt. Der letzte vergleichbare Fall, die Spanische Grippe am Ende des Ersten Weltkriegs 1918/19, war zwar im Ergebnis der Mortalität viel verheerender als Covid19, führte aber nicht zuletzt wegen der Nachkriegswirren in vielen Ländern nirgendwo zu einer systematischen Einschränkung des öffentlichen Lebens, geschweige denn zu international koordinierten Reaktionen. Kurzum: Jeder Versuch, die wirtschaftlichen Folgen von Corona

abzuschätzen, ist in hohem Maße spekulativ. Eine wissenschaftliche Fundierung ist seriös kaum möglich. Dies gilt insbesondere für die Wirkung auf die Globalisierung. Wir zerlegen die Analyse in vier Abschnitte (Teile 2 bis 5). In Teil 2 blicken wir – kurz und summarisch – auf die Trends der Globalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten bis zu Corona. In Teil 3 erläutern wir, was Corona volkswirtschaftlich bedeutet. In Teil 4 prüfen wir, welche Folgen dies für die Globalisierung haben könnte – und zwar unter Berücksichtigung der Trends, die auch ohne Corona zu erwarten waren. Teil 5 schließt mit einer Reihe politischer Schlussfolgerungen.

■ Trends der Globalisierung

Wir leben ohne jeden Zweifel in einem Zeitalter der Globalisierung, also der langfristig zunehmenden Verflechtungen der Weltwirtschaft, und zwar was Güterhandel, Kapitalverkehr und auch die Mobilität von Arbeitskräften betrifft. So hat der internationale Handel seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts massiv zugenommen, und zwar mit einer Dynamik, die es noch niemals zuvor gab. Bis in die frühen achtziger Jahre wurde dieser Trend vor allem durch die europäische Integration und die transatlantischen Handelsbeziehungen befeuert, seither sind es vor allem die schnell wachsenden und bevölkerungsreichen Volkswirtschaften Asiens, die den Prozess antreiben. Allen voran gilt dies für das riesige China, das sich vor etwa 40 Jahren wirtschaftlich zu öffnen begann. Es folgten die mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie auch zunehmend afrikanische und lateinamerikanische Nationen. In den 1990er und 2000er Jahren erreichte diese Dynamik ihre stärkste Stoßkraft. Im Gefolge der Weltfinanzkrise 2008/09 gab es allerdings einen tiefen Einbruch des Handelsvolumens, der an-

schließlich relativ zügig rückgängig gemacht wurde – mit der mehr oder weniger raschen Erholung der großen Volkswirtschaften der Welt in Amerika, Asien und Europa. Allerdings zeigte sich anschließend, dass eine Rückkehr zur alten Dynamik der Handelsexpansion – und damit der Globalisierung – nicht gelang. **Abb. 4** | macht dies deutlich: Der dort abgebildete Index der güterwirtschaftlichen Globalisierung seit 2000 weist einen steilen Anstieg in der Zeit 2000–08 auf, danach im Zeitraum 2008–11 den Einbruch mit anschließender Erholung, und darauf folgend im Zeitraum 2011–20 eine nur noch sehr moderate Steigerung, wenn nicht gar eine Stagnation mit zyklischen Schwankungen (Felbermayr, Görg, 2020). Dies ist ein inzwischen etablierter Befund, für den das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* 2019 den treffenden Begriff „slowbalization“ prägte – in Abgrenzung zur dynamischen „globalization“ –, der ihr voranging (*The Economist*, 24.01.2019).

Wie kam es zu dieser Verlangsamung? Und hätte sie sich auch ohne Corona fortgesetzt? Die erste dieser Fragen lässt sich noch relativ präzise beantworten. Zwei Gründe waren wohl ausschlaggebend, einer wirtschaftlich und einer politisch. Wirtschaftlich stieß der Prozess der weltweiten Zerlegung von Wertschöpfungsketten im verarbeitenden Gewerbe, zunächst dynamisch betrieben vor allem von multinational tätigen Konzernen und mittelständischen Unternehmen der Hochtechnologie, an einen ersten Punkt der Sättigung. Das sogenannte „offshoring“ von Produktionsstufen in Länder mit niedrigen Löhnen, aber hinreichend ausgebildeten Arbeitskräften begann einem gewissen Gegentrend zum „reshoring“ zu weichen. Woran das im Einzelnen lag, kann dahinstehen. Zu vermuten ist, dass sich zum einen die Produktwelt in den führenden Industrienationen sehr stark in Richtung von Höchstqualitäten entwickelte, die eher an geografisch nahe gelegenen Standorten erreicht werden können; zum anderen sind die Arbeitskosten in den meisten dynamisch wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländern gestiegen, so dass manche Auslagerung schlicht nicht mehr lohnte. Hinzu kam in den allerletzten Jahren möglicherweise ein stärkeres Bewusstsein westlicher Konsumenten für die soziale und ökologische Qualität der Produktionsbedingungen vor Ort – und damit eine Präferenz für sogenannten zertifizierten Fairtrade sowie leichter kontrollierbare Herstellungsbedingungen, seien sie im Inland oder im nahe gelegenen Ausland.

Politisch gab es zunehmende protektionistische Tendenzen in den Industrieländern. Dies war zum Teil eine Reaktion darauf, dass im Bewusstsein der Öffentlichkeit die Meinung vorherrschte, dass Teile der Gesellschaft durch die Weltmarktkonkurrenz von großen Ländern wie China und Indien massive Einkommensnachteile hinnehmen mussten. Vor allem das politische Programm des derzeit amtierenden amerikanischen Präsidenten Donald Trump nahm die Ängste der eigenen Bevölkerung auf und setzte sie in einer betont protektionistischen Agenda des sogenannten „America First“ um. Die Folge war, dass praktisch alle Bemühungen um eine Fortentwicklung des freien Handels über multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zum Stillstand kamen – erstmalig seit den frühen fünfziger Jahren. Ohne die Vereinigten Staaten als treibende Kraft blieb nur der Ausweg bilateraler Abkommen zu Freihandel und Investitionspartnerschaften, die tatsächlich von der Europäischen Union mit einer Reihe von bevölkerungsreichen Ländern geschlossen wurden, aber natürlich eine weitere globale Liberalisierung (noch) nicht ersetzen können. Hinzu kam, dass die USA unter Trump die Importe von einzelnen Handelspartnern wie der Europäischen Union und China mit Strafzöllen belegte, was zu begrenzten Handelskriegen führte und damit die Globalisierung weiter bremste. Alles in allem traf also die Corona-Krise keineswegs auf eine Weltwirtschaft in schwungvoller Dynamik in Richtung verstärkter Integration. Im Gegenteil, wirtschaftliche und politische Gründe ließen erkennen, dass die Zeit der ungebremsten Globalisierung wohl dem Ende zugeht. Allerdings gab es noch kein starkes „Roll back“ – im Sinne eines systematischen Zerfalls der Globalisie-

	Exportanteil ¹	Bruttoinlandsprodukt			Konsumentenpreise ²		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021
Europa							
EU	58,6	1,4	-4,0	1,8	1,4	1,2	1,3
Euroraum	37,1	1,2	-4,4	2,0	1,2	0,9	1,2
UK	6,0	1,4	-4,6	2,0	1,8	1,8	1,7
Schweiz	4,3	0,9	-2,4	0,7	0,1	0,5	0,4
Russland	2,0	1,3	-6,0	4,1	4,5	3,5	3,4
Türkei	1,5	0,1	-6,2	5,1	15,3	7,0	7,7
Asien							
China	7,2	6,1	0,1	9,0	2,9	2,1	2,9
Japan	1,6	0,8	-3,3	0,7	0,3	1,3	0,6
Südkorea	1,3	2,0	-1,1	3,9	0,3	0,4	1,7
Indien	0,9	5,3	0,4	8,2	4,4	5,6	3,6
Amerika							
USA	9,0	2,3	-3,1	2,0	1,4	1,6	1,5
Kanada	0,9	1,6	-2,0	2,5	1,6	2,4	2,3
Mexiko	1,0	0,1	-2,0	2,6	3,5	3,2	3,5
Brasilien	0,8	0,9	-2,9	3,8	3,7		
Ozeanien/Afrika							
Australien	0,7	1,8	-2,2	2,7	1,9	1,8	1,5
Südafrika	0,7	0,2	-1,5	2,3	3,6	3,8	3,8
Summe	90,2						
		Welthandel			Welt-BIP ³		
		2,5	-6,5	7,5	3,0	-1,3	4,3

1 Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2019 in %.
2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex für EU und Mitgliedsländer, ansonsten Konsumdeflator.
3 Wachstum bezieht sich auf US-Dollar-Größe. Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (2011).

Quellen: Macrobond, NiGEM, Berechnungen des IMK; ab 2020 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.

Auflösung zu gering
bitte neues Bild

Abb. 2 Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger globaler Handelspartner, Veränderung gegenüber Vorjahr in %
© IMK Report 161, September 2020, https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_161_2020.pdf

rung. Eher herrschte ein Zustand der Labilität, in der man nicht wusste, ob eine Rückkehr zu früheren Trends möglich ist oder auf Dauer eine Art „Plafond“ der globalen Integration erreicht sein würde.

Der Corona-Schock

Was genau war der „Corona-Schock“ aus volkswirtschaftlicher Sicht? Um die Frage zu beantworten, ist es nützlich zwischen zwei Typen von „Schocks“ zu unterscheiden: (1) Nachfrageschocks als Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, also von Konsum, Investitionen, Staatsausgaben und/oder Exporten; und (2) Angebotschocks als Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials.

Der Nachfrageschock

Kurzfristig ist der „Corona-Schock“ ein massiver Nachfrageschock. Der vorübergehende Lockdown der wirtschaftlichen Aktivität zur Vermeidung der Seuchenverbreitung sowie die fortwährenden Restriktionen der menschlichen Kontaktmöglichkeiten („social distancing“) sorgten sofort und ganz offensichtlich für einen Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, und zwar praktisch in allen Bereichen der Volkswirtschaft. Am augenfälligsten ist dies beim privaten Konsum. Viele „körpernahe“ Dienstleistungen verschwanden vorübergehend vom Markt und wurden nach dem Lockdown nur in regulierter Form wieder zugelassen.



Abb. 3 Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandels. Index (1960 = 1), in konstanten Preisen, Entwicklung in Prozent, weltweit 1960 bis 2018 © <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52543/entwicklung-des-warenhandels>, Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de

Analoges gilt für Kultur und Kunst sowie Messen und generell alle Veranstaltungen, die mit großen Menschenansammlungen verbunden sind – einschließlich Sport und Tourismus. Daneben gab es einen Nachfrageeinbruch, weil Anschaffungen langlebiger Konsumgüter privater Haushalte und Investitionen von Unternehmen zurückgestellt wurden – bei den privaten Haushalten als Reaktion auf gesunkene Einkommen infolge der weit verbreiteten Kurzarbeit oder drohender Arbeitslosigkeit, bei den Unternehmen wegen der Stockung des Absatzes und damit unterausgelasteter Kapazitäten.

Das vielleicht prominenteste, aber nicht das einzige Beispiel dafür ist die deutsche Automobilindustrie. Die Käufe von Neuwagen von privaten Haushalten und Nutzfahrzeugen von Unternehmen brachen drastisch ein – mit der Konsequenz, dass die Branche (und deren weitverzweigte Zulieferindustrien) auf breiter Front zur Kurzarbeit überging. Tatsächlich erreichte in Deutschland die Zahl der Kurzarbeiter im Frühjahr 2020 gesamtwirtschaftlich ein historisches Hoch – mit 10,7 Millionen Anmeldungen und knapp 6 Millionen Fällen tatsächlicher Kurzarbeit allein im April weit mehr als in früheren Krisen. Selbst die traditionell wirtschaftlich stärksten Industrieregionen in Deutschland, Baden-Württemberg und Bayern, sind davon massiv betroffen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Corona-Schock – gemessen am quantitativen Ausmaß des Einbruchs der kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – das Schlimmste darstellt, was es bisher in der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu Friedenszeiten seit der Weltwirtschaftskrise 1930/32 gegeben hat. Auch qualitativ ist der Schock et-

was völlig Neues: Niemals zuvor waren lokale und regionale Dienstleister in ähnlicher Größenordnung betroffen wie die exportorientierten Industrien, die bei „normalen“ Konjunkturkrisen weit überproportionale Einbrüche hinnehmen müssen, wie zuletzt 2009 im Gefolge der Weltfinanzkrise.

Genau deshalb haben die Bundesregierung und die Landesregierungen in Deutschland sowie die Europäische Union (EU) und viele andere Nationen massive kreditfinanzierte Hilfsprogramme aufgelegt – in der Summe die größten, die es jemals in der Geschichte der staatlichen Unterstützung der privaten Wirtschaft gegeben hat. Die Programme belaufen sich allein in Deutschland insgesamt auf eine Größenordnung von 300 Milliarden Euro, in der EU – über mehrere Jahre gestreckt – auf fast zwei Billionen Euro. Sie reichen von kurzfristigen Liquiditätshilfen bis zu mittel- und langfristigen zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen zu privaten Investitionen. Die Adressaten der Hilfen sind – neben privaten Haushalten – Unternehmen grundsätzlich aller Größenklassen, bis hin zum einzelnen Selbständigen ohne Mitarbeiter.

Niemand kann derzeit voraussehen, wie stark diese Hilfen zur Stabilisierung der Situation beitragen. Grundsätzlich sind sie geeignet, den Schock abzufedern und Unternehmen vor Illiquidität und Insolvenz zu bewahren. Wie wirksam sie in dieser Hinsicht sind, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, die schwer vorauszusagen sind. Was das Volumen betrifft, dürften die Hilfen ausreichen, zumal die Regierungen das glaubwürdige Signal aussenden, „zur Not“ noch quantitativ nachzusteuern. Die Refinanzierung an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten dürfte dabei durchaus möglich sein, da bei niedrigen, für Deutschland sogar negativen langfristigen Zinsen für Staatsanleihen genug privates Kapital zur Verfügung steht, ohne eine

gen Krediten und Zuschüssen zu privaten Investitionen. Die Adressaten der Hilfen sind – neben privaten Haushalten – Unternehmen grundsätzlich aller Größenklassen, bis hin zum einzelnen Selbständigen ohne Mitarbeiter.

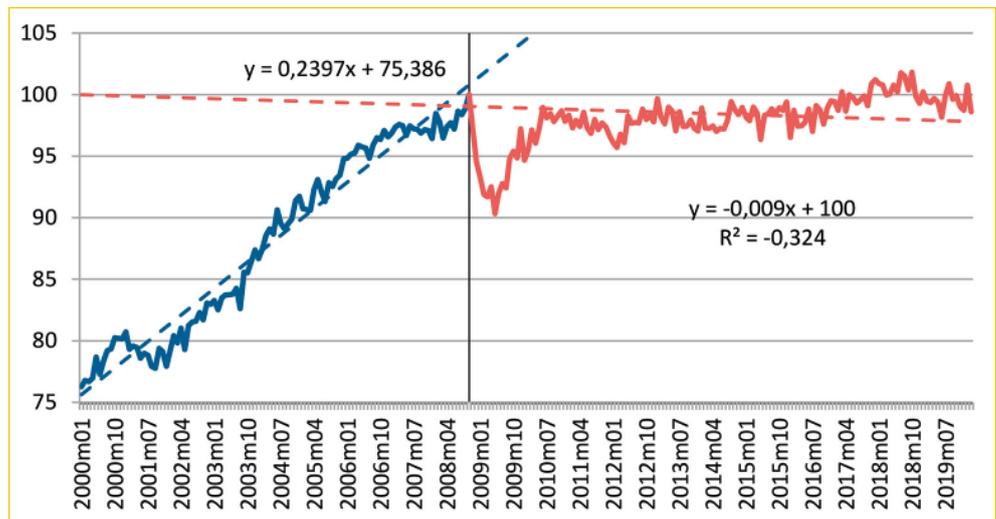


Abb. 4 „Die Folgen von Covid-19 für die Globalisierung“ © Das Schaubild stammt mit freundlicher Genehmigung der Autoren aus Felbermayr, Gabriel, Holger Görg, „Die Folgen von Covid-19 für die Globalisierung“. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2020, Band 21, Heft 2.

Schuldenkrise zu provozieren. Hinzu kommt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) und die Zentralbanken anderer Länder bei niedrigsten Inflationsraten bereitstehen, den Kapitalmarkt, falls nötig, monetär zu alimentieren. Mit einer gewissen Prognosevorsicht ist deshalb zu erwarten, dass es nicht zu einer Finanzkrise kommt – und zwar selbst dann nicht, wenn sich die Corona-Krise noch länger hinzieht und die rettende Verfügbarkeit eines wirksamen Impfstoffs länger auf sich warten lässt als derzeit erhofft.

Der Angebotsschock

Viel schwieriger ist die Frage, wie sich der Nachfrageschock mittel- und langfristig auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial auswirkt. „Überhaupt nicht“ – dies wäre eine theoretisch durchaus naheliegende Antwort. Warum? Weil der Nachfrageschock die Ausstattung der Volkswirtschaften mit funktionsfähigen Maschinen, motivierten Menschen und moderner Technologie zunächst nicht berührt. Es gibt ja – anders als im Kriegsfall – keine flächendeckende Zerstörung, sondern nach Auslaufen der Nachfrageschwäche kann eigentlich die Produktion wieder auf das Niveau hochgefahren werden, das vor der Krise herrschte. Genau dieser Vorstellung folgt ja auch die Idee der staatlichen Hilfen: Man kompensiert durch Hilfen vorübergehend den Umsatzausfall, um (fast) alle Unternehmen zu retten, die in der Summe das Produktionspotenzial der Volkswirtschaft darstellen. Und man erlaubt massive Kurzarbeit, um die Beschäftigten vorübergehend außerhalb der Betriebe zu „parken“, damit sie anschließend schnellstmöglich an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, dessen technische Ausstattung weitgehend unverändert bleibt. Es ist das (theoretische) Bild einer „Produktionspause“ gewaltigen Ausmaßes – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Leider spricht die Erfahrung der meisten früheren schweren Konjunkturkrisen gegen diese beruhigende Perspektive, die sich allenfalls aus der Hoffnung ableiten lässt, es würde sich im Wesentlichen das Muster der Erholung ergeben, das wir in Deutschland nach der Weltfinanzkrise 2008 erlebten. Damals folgte tatsächlich dem scharfen Konjunktüreinbruch 2009 eine fast ebenso scharfe Erholung 2010 und 2011, die aber wohl damit zusammenhängt, dass die Krise sich auf Banken und Industrie konzentrierte und breite Teile der Binnenwirtschaft weitgehend unberührt ließ. Es ging also vor allem darum, die Liquiditätsbedingungen zu verbessern, und wo dies, wie in Deutschland und den USA, rasch gelang, war die Krise auch schnell zu Ende – im Unterschied zu Südeuropa, wo der Einbruch in eine Staatsschuldenkrise mündete. Damals blieben auch Teile der Weltwirtschaft außerhalb Europas und Nordamerikas von der Krise weitgehend verschont, was die Stabilisierung über den Außenhandel hierzulande maßgeblich erleichterte.

Während und nach Corona ist die Lage heutzutage eine ganz andere. Sie lässt sich eher vergleichen mit der Reaktion der westlichen Volkswirtschaften auf die Öl- und Rohstoffpreiskrisen der siebziger und achtziger Jahre, die eine mittel- und langfristige Kontraktion des Produktionspotenzials nach sich zogen – damals als Folge dauerhaft gestiegener Produktionskosten. Heute könnte die langfristig wirksame Veränderung in einer Neubewertung der Geschäftslage durch die private Wirtschaft bestehen, die für die Post-Corona-Welt eine dauerhaft veränderte Nachfrage- und Präferenzstruktur der Konsumenten erwartet – mit weitreichenden Konsequenzen für den Einsatz von Arbeitskräften und innovativen Technologien sowie für Investitionen. Paradebeispiel dafür liefern etwa die Einschränkung von Dienstreisen durch digitale Technik, die Wahl veränderter Urlaubsziele und der Wechsel der Einkaufsgewohnheiten vom Einzel- zum Versandhandel. Alle Erfahrung lehrt, dass ein solcher Prozess nicht beschäftigungsneutral wirkt, sondern nur im Zuge einer tiefgreifenden Rationalisierung der Produktionsabläufe und Wertschöpfungsketten stattfindet. Damit verbunden ist die Gefahr deutlich steigender Arbeitslosigkeit – als langfristiges Ergebnis, sobald die massive Kurzarbeit zurückgeführt wird. Ein Teil des Produktionspotenzials wird verschwinden. Das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* hat dies jüngst treffend mit dem Begriff „The 90% Economy“ belegt – und dies auf seinem Titelblatt als abgerissene Seite mit unregelmäßiger Abrisskante visualisiert, die den Post-Corona-Zustand westlicher Volkswirtschaften darstellen soll (*The Economist*, 02.05.2020). Also: Nach der Rückkehr zu einer neuen Normalität eine strukturell geschrumpfte und verkleinerte Ökonomie.

Donald J. Trump
@realDonaldTrump

Following

When a country (USA) is losing many billions of dollars on trade with virtually every country it does business with, trade wars are good, and easy to win. Example, when we are down \$100 billion with a certain country and they get cute, don't trade anymore-we win big. It's easy!

5:50 AM - 2 Mar 2018

Abb. 5 „Trade wars“

© Twitter

Die sozial problematischste Folge einer solchen Entwicklung sind die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt: Mochte man bisher völlig realistisch erwarten, dass sich Deutschland auf dem Weg zur Vollbeschäftigung und Knappheit von Arbeitskräften befand – und zwar vor allem durch das Ausscheiden der großen Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt (Paqué, 2012), so könnten die Zeichen inzwischen anders stehen. Und dies besonders für weniger gut qualifizierte Arbeitskräfte, die vor allem in den binnenmarktorientierten Branchen lokaler und regionaler Dienstleistungen überproportional vertreten sind. Weitgehend unabhängig von der Globalisierung bahnt sich hier eine neue Welle struktureller Arbeitslosigkeit an, die wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitisch sehr ernst genommen werden muss.

Bleibt die Frage: Was bedeutet all dies für die Globalisierung? Es ist realistisch zu unterstellen, dass die Neubewertung der Geschäftslage nach Corona in allen Industrienationen und Schwellenländern stattfindet, da ja auch die Pandemie sich überall ausgebreitet hat, wenn auch mit unterschiedlicher zeitlicher Abfolge. Könnte dies gar das Ende der Globalisierung einläuten?

Die Folgen für die Globalisierung

Zunächst gilt es, vor einer Dramatisierung zu warnen: Die Globalisierung hat längst ein Niveau erreicht, sodass ein „Ende“ von ihr wohl mehr einem futuristischen Albtraum entspringt als nüchterner Analyse der Lage. Allerdings ist deren Ergebnis, wie oben in Teil 1 gezeigt, durchaus kritisch, was die Fortsetzung des expansiven Trends der Globalisierung in den beiden Jahrzehnten zwischen Fall des Eisernen Vorhangs und Weltfinanzkrise entspricht. Es geht also eher darum, die Frage zu beantworten, ob die Corona-Krise das Abbremsen der Globalisierung weiter verschärfen und strukturell akzentuieren wird. Die Antwort ist: wahrscheinlich ja, zumindest dann, wenn politisch nicht gegengesteuert wird.

Es sind im Wesentlichen fünf Kräfte, die strukturell in der Post-Corona-Zeit gegen die Globalisierung wirken. Ihr Ausmaß ist der-



Abb. 6 „Fußball vor leeren Rängen“

© picture alliance / M.i.S.-Sportpressefoto | MiS

zeit noch weitgehend Spekulation, aber ihre Qualität ist es nicht. Im Folgenden fassen wir alle fünf Kräfte kurz zusammen und stellen anschließend die Frage, wie ihnen konstruktiv begegnet werden kann, wenn man – wie der Verfasser dieser Zeilen – die Globalisierung für einen Trend hält, der im Wesentlichen die Prosperität der Welt befördert.

a) Wirtschaftliche Kontraktion

Kommt es tatsächlich in vielen Nationen – einschließlich Deutschlands – zu einer Art geschrumpften „90%-Economy“, so hat dies ganz automatisch die Konsequenz einer geringeren internationalen Handelsverflechtung und abnehmender Direktinvestitionen. Denn in einer Phase des geschwächten gesamtwirtschaftlichen Wachstums werden typischerweise internationale Engagements von Unternehmen komplett überdacht und überproportional gekürzt, weil sie oft mit hohen Kosten verbunden sind. Dies war auch in den siebziger und achtziger Jahren im Gefolge der Ölpreiskrisen zu beobachten. Auch damals wurde der Trend zur Globalisierung ab 1973 erkennbar abgeschwächt und nahm erst wieder Fahrt auf, als der Ölpreis Mitte der achtziger Jahre deutlich abnahm und die Restrukturierung der Volkswirtschaften in den führenden Industrienationen einem ersten Abschluss entgegenging.

b) Reshoring der Wertschöpfungsketten

Jenseits der reinen Kontraktionswirkung ist auch mit einem spezifischen „Reshoring-Effekt“ aus der Corona-Erfahrung zu rechnen. Denn diese hat gezeigt, dass Wertschöpfungsketten über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg im Falle von Störungen besonders empfindlich reagieren. Dies gilt selbst zwischen benachbarten Ländern wie Deutschland, Frankreich, Großbritan-

nien und Italien, deren Außenhandel miteinander in kürzester Zeit zwischen 30 und 50 Prozent zurückging, also geradezu zusammenbrach. Damit wurden lange etablierte Wertschöpfungsketten vorübergehend blockiert und zum Beispiel viele Betriebe des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland an einer weiteren Produktion gehindert, obwohl diese durchaus noch auf potenzielle Nachfrage traf. Die damit verbundenen Risiken werden in der Zukunft bei Investitionsentscheidungen weit stärker berücksichtigt als bisher.

c) Schutz der Gesundheit

Von Seiten der Regierungen wird es in Zukunft eine viel stärkere Gewichtung der nationalen Gesundheitsinteressen geben, als dies bisher der Fall war. Dies wird generell die Neigung verstärken, im gesundheitlichen Krisenfall schneller und rücksichtsloser zu Grenzkontrollen bis hin zu Grenzschließungen zu greifen. Dies gilt selbst dann, wenn es keine erwiesenen objektiven Gründe für die Isolierung eines Landes gibt, da der nationale politische Druck im konkreten Fall so stark sein wird, dass sich weder demokratische noch autokratische Regierungen diesem entziehen können. Im Namen des „Schutzes vor Viren aus dem Ausland“ (o.Ä.) wird es regelmäßig Interventionen in den Handel geben können. Jedenfalls werden private Unternehmen jederzeit damit rechnen müssen, weit mehr zumindest als in der Vergangenheit. Dies wird die Neigung erhöhen, auf internationale Wertschöpfungsketten im Zweifel zu verzichten.

Kurzarbeit in Deutschland

Personen, für die ein Antrag auf Kurzarbeit eingereicht wurde

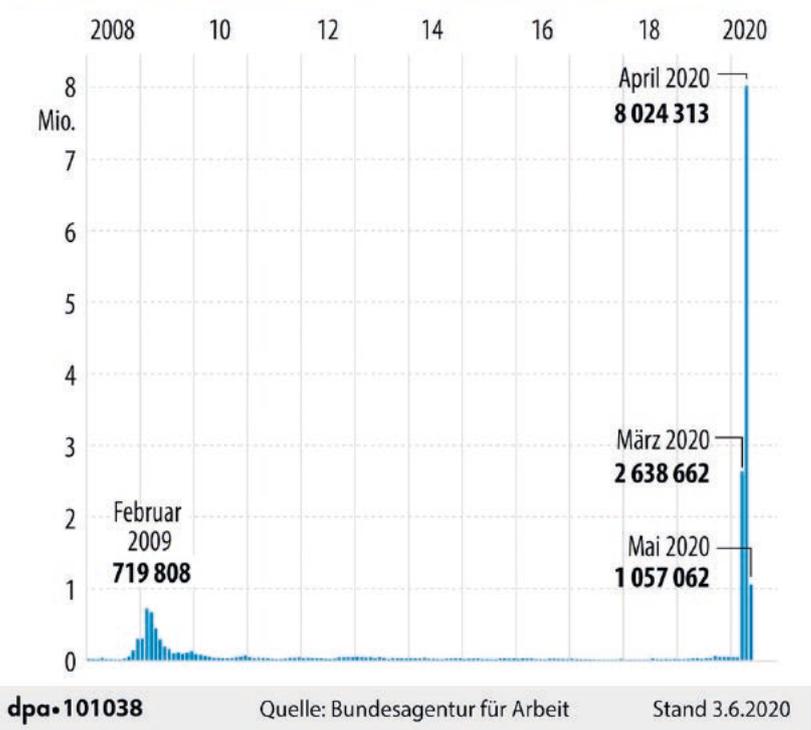


Abb. 7: »Entwicklung der Kurzarbeit«

© picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH



Abb. 8: „Grenzübergang Klingenberg: Grenzschließung durch Ungarn aufgrund der steigenden Zahl an Coronavirus-Infektionen“, 01.09.2020 © picture alliance / ROBERT JAEGER / APA / picturedesk.com | ROBERT JAEGER

d) Welle des Protektionismus

Die Erfahrung der Corona-Krise spielt in die Hand jener politischen Kräfte, die vor allfälligen Gefahren der Globalisierung warnen und eher für Protektionismus plädieren. Dies sind in den westlichen Industrienationen im Wesentlichen die Extreme des politisch-ideologischen Spektrums, also Rechtspopulisten, die ohnehin gegen die Rückwirkungen der Globalisierung auf die heimischen Arbeitsmärkte argumentieren und demonstrieren, sowie links-ökologische Parteien, die den internationalen Handel und die Aufspaltung der Wertschöpfungsketten für weltweite soziale und ökologische Missstände verantwortlich machen. Hier könnte es zu einem neuen „Ausmaß der Ängste“ kommen, ergänzt und erweitert um eine Komponente der Gesundheitspolitik, die der öffentlichen Diskussion eine zusätzlich emotionalisierende Dimension verleiht. Erste Ansätze dazu sind bereits zu beobachten.

e) Gefahr von Handelskriegen

Mit steigender Arbeitslosigkeit, zunehmendem Reshoring, wachsender Sorge um den Gesundheitsschutz und politischer Bereitschaft zur Protektion kann es immer leichter und öfter zu Handelskriegen kommen. Und dies in jener Konstellation, die sich in den letzten Jahren global als zunehmend „konfliktgeneigt“ erwiesen hat: mit den Vereinigten Staaten als Treiber eines aggressiven Unilateralismus, der wenig Rücksicht nimmt auf die Stabilität und den Fortbestand bewährter Regelwerke wie die der Welthandelsorganisation (WTO); und mit China als einem bevölkerungsreichen, autokratisch regierten Land mit aggressivem Staatskapitalismus, der mit einer neomerkantilistischen und neoimperialistischen Strategie der globalen Marktdurchdringung die Interessen des chinesischen Staates und nicht die marktwirtschaftliche Prosperität des eigenen Volkes und der Welt insgesamt im Auge hat.

Politische Schlussfolgerungen

Soweit die fünf zentralen Kräfte, die nach und durch Corona auf die Globalisierung wirken. Sie sind alle fünf negativ. Es ist nicht zu erkennen, dass Corona – für sich genommen – eine positive Wirkung auf die Globalisierung haben könnte. Dies gilt allerdings nicht für die politischen Reaktionen, die sich im Anblick dieser (negativen) Kräfte herausbilden sollten, nach dem banalen Motto: „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt!“ Dabei sollte im Vordergrund stehen, die völlig berechtigten gesundheitspolitischen Belange und Ziele zu trennen von der Globalisierung im Sinne der europa- und weltweiten Zerlegung von Wertschöpfungsketten.

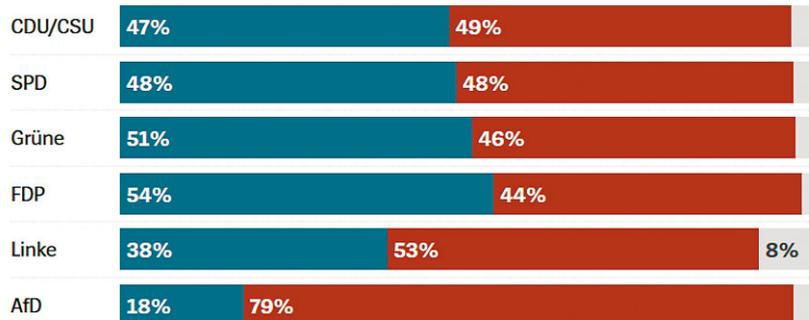
Klar ist: Die Verbreitung von Viren geht fast ausschließlich auf die Mobilität von Menschen zurück, die Träger der Viren sind oder sein können. Hier sollten die Lehren vor allem durch eine präzise Analyse der Verbreitung von Covid19 gezogen werden. Es zeigte sich zum Beispiel für den Fall von Deutschland, dass insbesondere die unkontrollierte Rückkehr von Urlaubern aus Skigebieten sowie

von Geschäftsleuten aus den Krisengebieten in China die Ausbreitung des Virus befeuerten. Die Erfahrung von Ländern wie Taiwan, die frühzeitig und konsequent durch einen hervorragend organisierten Gesundheitsschutz die Ausbreitung des Virus im eigenen Land unterbanden, können dabei als erstes Vorbild dienen. Darüber hinaus bedarf es – gerade gesundheitspolitisch – einer intensiven internationalen Zusammenarbeit und Koordination, insbesondere über die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie muss gestärkt werden, auch durch neue internationale Gesundheitsvorschriften, die völkerrechtlich bindend sind und im Detail Pflichten der Notifikation, Vorschriften der Transparenz und klare Verfahrensregeln enthalten (Felbermayr, Görg, 2020). Diese müssten dann natürlich auch im internationalen Handel Anwendung finden. Ähnliches gibt es bereits bei der Anwendung von

Die Globalisierung ist eher...

Nach Wahlabsicht Bund, Angaben in Prozent der Befragten

■ Chance ■ Risiko ■ Weiß nicht



Repräsentative Umfrage unter 3061 Befragten, Befragungszeitraum 15.2. bis 15.5.2020, Stichprobenfehler 2,6 Prozent. Gruppierte Antworten: Die Globalisierung ist a) ganz klar eine Chance b) eher eine Chance c) ganz klar ein Risiko d) eher ein Risiko.

Quelle: Civey

DER SPIEGEL

Abb. 9: “Die Globalisierung ist eher...”, © Spiegel-Umfrage, Die Deutschen rücken von der Globalisierung ab, Der Spiegel, 20.05.2020

Maßnahmen des Pflanzenschutzes im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO).

Hier muss es schnellstmöglich Fortschritte geben. Es sollte ein zentrales Ziel der Europäischen Union (EU) sein, die Initiative dazu zu ergreifen. Ihr Interesse an dem Überleben und Gedeihen eines funktionierenden internationalen Regelwerks als Bollwerk gegen unilateralen Protektionismus im derzeitigen Stil der USA und gegen den Staatskapitalismus in China ist ungebrochen. Hinzukommen sollte eine Offensive in der EU selbst, was das Offenhalten der Grenzen auch in Krisenzeiten betrifft. Denn auch innerhalb der EU erwies sich in der Corona-Krise die Offenheit der Grenzen als brüchig, was den Zusammenbruch der internationalen Wertschöpfungsketten nur beschleunigte und zur Tiefe der Corona-Krise beitrug. Auch diese eigene Baustelle muss die EU bearbeiten. Und auch hier gibt es keinen anderen Weg als eine Intensivierung der gesundheitspolitischen Kooperation. Nur so können die Kräfte gezähmt werden, die im Krisenfall die wirtschaftliche Integration zerstören bzw. aus Angst vor einer Krise defensiv reagieren und damit die Globalisierung gefährden. Fazit: Corona und seine Folgen sind eine gewaltige Herausforderung für Europa und die Welt. Aber diese Herausforderung ist bewältigbar, wenn nur genug politischer Wille zur Kooperation da ist. Diese muss aber zügig beginnen, damit nicht jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die ohnehin – und völlig zu Unrecht – die Globalisierung für Teufelswerk halten.

Literaturhinweise

Bundesagentur für Arbeit (2020), Inanspruchnahme konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 96 SGB III - September 2020, Nürnberg,

Wertschöpfung: Fast ein Viertel basiert auf Importen

So viel Prozent der Wertschöpfung, die in deutschen Waren und Dienstleistungen enthalten ist, stammten im Jahr 2015 aus dem ...

	... Inland		Darunter:			
	... Inland	... Ausland	EU-27	USA	China	Vereinigtes Königreich
Gesamtwirtschaft	76,6	23,4	10,0	2,3	1,9	1,4
Darunter:						
Dienstleistungen	84,3	15,7	7,0	2,1	0,7	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	64,9	35,1	14,8	3,0	3,8	1,8
Darunter: DV-Geräte, Elektronik	54,8	45,2	10,7	4,4	12,6	1,6
Chemie, Pharmazie, Gummi, Kunststoff, Glas	60,7	39,3	14,1	3,6	1,8	2,5
Kraftwagen und -teile	71,0	29,0	15,3	2,5	2,2	1,6
Maschinenbau	71,8	28,2	12,8	2,3	3,2	1,3

Deutsche Waren und Dienstleistungen: für die Endnachfrage in Deutschland oder den Export bestimmt
EU-27: ohne Vereinigtes Königreich

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Abb.10: "Wertschöpfung"

© <https://www.iwd.de/artikel/lieferketten-anpassen-aber-nicht-zerstoeren-468314/>

https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202009/arbeitsmarktberichte/konjunkturelles-kurzarbeitergeld/konjunkturelles-kurzarbeitergeld-d-o-202009-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Felbermayr, Gabriel/ Görg, Holger (2020): „Die Folgen von Covid-19 für die Globalisierung“. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2020, Band 21, Heft 2.

Paqué, Karl-Heinz (2012): Vollbeschäftigt! Das neue deutsche Jobwunder. München 2012

Sachs, Andreas/ Funke, Claudia/ Kreuzer, Philipp/ Weiss, Johann (2020): Globalisierungsreport 2020, Protektionismus ist die falsche Antwort auf Corona – Die Globalisierung erhöht den Wohlstand, Bertelsmann Stiftung (Hg.), <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/september/protektionismus-ist-die-falsche-antwort-auf-corona-globalisierung-erhoeht-den-wohlstand>

The Economist (2019), Ausgabe vom 24. Januar 2019, <https://www.economist.com/weeklyedition/2019-01-26>

The Economist (2020), Ausgabe vom 02. Mai 2020, <https://www.economist.com/weeklyedition/2020-05-02>

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Dr. Gerhard Altmann)

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (Leistungsfach)

Wohlstand und Wirtschaftswachstum

(2) Einflussfaktoren auf das Wachstum erläutern (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, natürliche Rahmenbedingungen)

Wohlstand und Wohlstandsverteilung

(3) Ursachen der Globalisierung erklären (politische, sozio-kulturelle, wirtschaftliche, technologische) und die Dimensionen der Globalisierung charakterisieren (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische)

(4) die Konzepte des Freihandels und des Protektionismus vergleichen (zum Beispiel theoretische Annahmen, Zugang zu Märkten, politische Maßnahmen)

Globales Regieren

(2) Tendenzen der Weltpolitik erläutern (Globalisierung und Fragmentierung, Entstaatlichung und Staatlichkeit, Verrechtlichung und Entrechtlichung)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (Leistungsfach)

Grundlagen der Ökonomie

(6) die wirtschaftliche Lage Deutschlands anhand von Konjunkturindikatoren analysieren

3.1.3 Globale Gütermärkte

(2) Gründe für die Internationalisierung von Unternehmen beschreiben und eine Wertschöpfungskette darstellen.

(3) Gründe für internationalen Handel mithilfe von Theorien erklären (eine klassische und eine moderne Außenhandelstheorie) und deren Aussagekraft beurteilen

(8) Möglichkeiten und Grenzen internationaler Ordnungspolitik beurteilen (Neue Welthandelsordnung, WTO, NGOs)

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Erläutern Sie mögliche Folgen eines BIP-Rückgangs für unterschiedliche Wirtschaftsakteure.
2. Erläutern Sie die Ursachen der „slowbalization“
3. In seinem Artikel erwähnt der Autor die Welthandelsorganisation WTO. Erörtern Sie Möglichkeiten und Grenzen der WTO, den globalen Handel zu fördern.
4. Ordnen Sie das Instrument der Kurzarbeit mit seinen Auswirkungen den Strömen des Wirtschaftskreislaufs zu.
5. Vergleichen Sie die ökonomischen Auswirkungen der Finanzkrise von 2008/2009 mit denen der Corona-Pandemie.
6. Bewerten Sie die wirtschaftlichen Folgen des Aufstiegs populistischer Bewegungen.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

1. Das Coronavirus und die internationale Arbeitsteilung – ein Strukturbruch?

1. Erläutern Sie die Aussageabsicht des Karikaturisten Gerhard Mester.
2. Analysieren Sie Auswirkungen der Corona-Krise auf die internationale Arbeitsteilung.
3. Arbeiten Sie aus dem Artikel M 2 heraus, weshalb der Autor bereits vor der Corona-Pandemie einen „Trend zur Deglobalisierung“ ausmachte.

II. Globalisierung – ein ökonomisches Heilmittel gegen die Pandemie?

4. Gestalten Sie eine Strategie für eine ökonomische Weltordnung, die „solidarisch, regelbasiert und nachhaltig wird“ (M 2).
5. Gestalten Sie eine politische Rede zu der Frage: Ist Protektionismus eine geeignete Antwort auf Corona?

Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

MATERIALIEN

M 1 „Globalisierung“



© Gerhard Mester, 2020

M 2 Marc Saxer Das Ende der Globalisierung, wie wir sie kennen, Der Spiegel, 11.04.2020

(...) Seit der Finanzkrise geht es mit dem globalen Handel und grenzüberschreitenden Investitionen nicht mehr so richtig aufwärts. In der Coronakrise ziehen Investoren nun so viel Geld aus Schwellenländern ab wie nie zuvor.

Hinter dem Trend zur Deglobalisierung stehen handfeste geopolitische Gründe. Lange hing der Westen der Hoffnung an, Handel werde zu Wandel in Peking führen. China hat jedoch sein Versprechen, den eigenen Markt für Wettbewerber zu öffnen, nicht eingelöst. Im Gegenteil, Pekings merkantilistische Industriepolitik zielt ganz offen auf die Dominanz Chinas in den Hochtechnologien der Zukunft.

In Washington besteht seit Längerem ein parteiübergreifender Konsens, die amerikanische von der chinesischen Volkswirtschaft zu entkoppeln, um den Konkurrenten um die globale Vorherrschaft nicht noch weiter zu stärken. Einen Vorgeschmack darauf, wie groß der amerikanische Druck auf die Verbündeten sein kann, haben die Europäer in der Auseinandersetzung um den Ausschluss des chinesischen Technologiekonzerns Huawei vom Aufbau der 5G Infrastruktur bekommen. Die Trump-Regierung nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Machthebel – von Exportkontrollen für Spitzentechnologien bis zur Drohung mit der Aussetzung von Geheimdienstkooperationen –, um die unwilligen Europäer auf Linie zu bringen. Die Coronakrise hat nun auch in Europa das Bewusstsein für die Verwundbarkeit globaler Lieferketten geschärft. Werden all die Unternehmen, die sich nun nach alternativen Zulieferern umsehen, nach China zurückkehren?

(...) Alles, was der amerikanischen Strategie im Wege steht, wird aus dem Weg geräumt. Dazu gehören auch die Institutionen und Allianzen, die von den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten

Weltkrieg gegründet worden waren. Der Systemgarant selbst legt die Axt an die liberale Weltordnung.

China versucht, der amerikanischen Umklammerung durch sein kolossales Seidenstraßenprojekt zu entkommen. Unmittelbares Ziel des Baus der Häfen, Korridore und Eisenbahnlinien ist es, die Unterbrechung der chinesischen Nachschubwege zu verhindern. Doch die chinesischen Milliarden schaffen auch politische Abhängigkeiten quer durch Eurasien. In der Coronakrise demonstriert Pekings Maskendiplomatie den potenziellen Verbündeten, auf wen sie in der Not zählen können.

Chinas Ambitionen reichen aber weiter. Mit der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank, der Shanghaier Kooperationsorganisation und dem umfassenden regionalen Freihandelsabkommen sind bereits die ersten Fundamente für eine chinesische Weltordnung gelegt. Nicht nur Amerikaner und Chinesen ringen um ihren Platz in der globalen Hackordnung von Morgen. Auch Großbritannien, Japan und Australien positionieren sich neu. In Russland und der Türkei, in Iran und Saudi-Arabien, Indien und Brasilien sind Führer an der Macht, die vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Die Konkurrenz zwischen Moskau, Ankara, Riad und Teheran fokussiert meist auf den Mittleren Osten. (...).

Auf der Strecke bleibt inmitten der Großmachtkonflikte der Multilateralismus. Es ist kein Zufall, dass sich die Regierungschefs der zwanzig größten Volkswirtschaften bisher nicht auf eine gemeinsame Linie zur Bewältigung der Coronakrise einigen konnten. Wie gering die Bereitschaft zur Kooperation selbst unter Verbündeten ist, zeigte der amerikanische Präsident, als er die Vereinigten Staaten ohne vorherige Konsultation von Europa abschottete. In Europa wiederum fühlt sich Italien von seinen Partnern im Stich gelassen.

Wie ein Schlaglicht beleuchtet die Coronakrise die geopolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Bruchstellen unserer Zeit. Die Krise hat den Trend zu Deglobalisierung nicht geschaffen, ihre Schockwellen könnten den seit Längerem im Verborgenen wirkenden Verschiebungen jedoch endgültig zum Durchbruch verhelfen.

Die Welt, die aus den Trümmern der Hyperglobalisierung entsteht, könnte in rivalisierende Blöcke zerfallen (...). Die Weltwirtschaft wird weiter vernetzt bleiben. Wohl aber könnten sich Volkswirtschaften unter der Führung eines regionalen Hegemons zusammenschließen, um sich unliebsame Konkurrenten durch inkompatible Normen und Standards, Technologieplattformen und Kommunikationssysteme, Marktzugangsschranken und Infrastruktursysteme vom Hals zu halten.

Auf sich allein gestellt, können die kleinen europäischen Länder in dieser neuen Welt nicht bestehen. Allen populistischen Rufen nach Abschottung, Kontrolle und Souveränität zum Trotz liegt daher der Zusammenhalt Europas im wohlverstandenen Eigeninteresse der europäischen Nationalstaaten. Denn auf dem Spiel steht nicht weniger als die Eigenständigkeit Europas zwischen den großen Blöcken.

Vor allem Deutschland wird sein Wirtschaftsmodell grundsätzlich überdenken müssen. Kürzere Lieferketten, etwa mit Produktionsstätten in Osteuropa, könnten weniger krisenanfällig sein. Um technologisch souverän zu bleiben, muss die europäische Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung viel enger werden. In der Eurobonds-Debatte zeigt sich Berlin bisher aber unwillig, aus dem

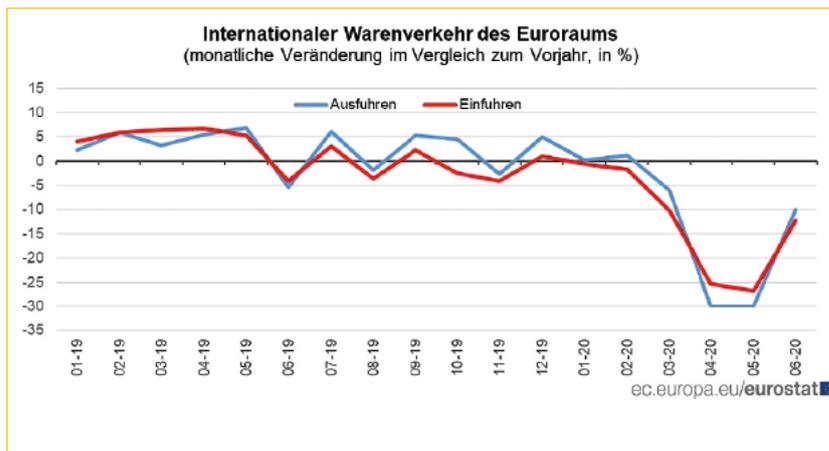
gemeinsamen Markt eine politische Gemeinschaft zu formen. Dahinter steht die Furcht, den Standort Deutschland durch europäische Transfers zu überfordern. In einer deglobalisierten Welt kann es aber keine Exportweltmeister mehr geben. Für das Überleben der deutschen Wirtschaft wird daher der europäische Markt noch wichtiger als bisher. Für den Erhalt des gemeinsamen Währungsraums darf also kein Preis zu hoch sein.

Um aus dem Teufelskreis der stetig wiederkehrenden Krisen auszuberechnen, müssen endlich die Ursachen angepackt werden. Seit über einem Jahrzehnt gelingt es der Geldpolitik nicht, die deflationären Tendenzen in den Griff zu bekommen, die wie ein Damoklesschwert über den westlichen Volkswirtschaften hängen. Das kann auch nicht gelingen, denn an der Wurzel der Dauerkrise liegt ein Nachfrageproblem, das mit jeder Null- und Sparrunde immer größer wird. (...) Fällt der Markt aus, muss der Staat einspringen und massiv in die marode Infrastruktur des Gemeinwesens investieren. Das bedeutet aber, nicht nur unsere Demokratie und Gesellschaft, sondern auch die Marktwirtschaft selbst kann sich eine weitere Dekade Austerität nicht leisten.

Auch die treuesten Verfechter der Marktwirtschaft erkennen daher, dass die veränderten geoökonomischen Rahmenbedingungen die Neuausrichtung des Wirtschaftsmodells unausweichlich machen. Das Zeitalter des Neoliberalismus, also des Vorrangs der Marktinteressen vor allen anderen gesellschaftlichen Belangen, kommt so an sein Ende. Ob die neue Weltordnung aber solidarisch, regelbasiert und nachhaltig wird, wird die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre bestimmen.

© Der Spiegel, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-das-ende-der-globalisierung-wie-wir-sie-kennen-a-afgf2dd4-f5ce-4402-903f-c6b4949bd562>

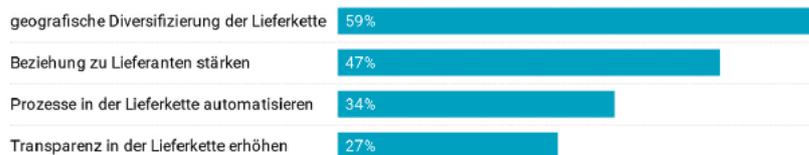
M 3 Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Krise



© Eurostat, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10545451/6-14082020-BP-DE.pdf/76cb1414-96b9-ce50-bf87-f8a1edb70795>

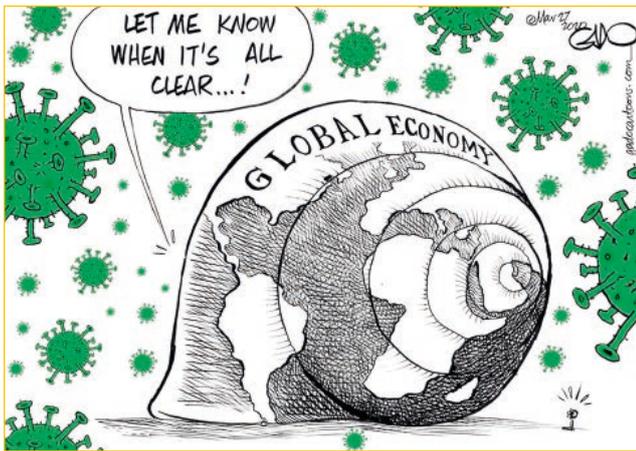
M 4 Umfrage zur Zukunft von Lieferketten

Welche Maßnahmen sind am effektivsten, um Störungen in der Lieferkette in Zukunft zu reduzieren?



Umfrage mit mehr als 1.200 Teilnehmern
 Grafik: Anja Ringel • Quelle: Supply Chain Resilience Report 2020 von 3D Hubs • Erstellt mit Datawrapper

© <https://www.produktion.de/wirtschaft/so-veraendert-corona-die-lieferketten-106.html>



© Gado, 2020, <https://www.theelephant.info/cartoons/2020/04/02/global-economy-vs-coronavirus/>

M 6 Das Coronavirus begünstigt die Roboterisierung, Interview von Niklas Záboji, FAZ, 01.03.2020

Záboji: Frau Marin, wird das Coronavirus zum Sargnagel der Globalisierung?

Marin: Alles hängt davon ab, wie lange die Epidemie dauert. Aber es wird reale Effekte auf die globalen Wertschöpfungsketten geben. Denn das Virus wirkt sich insbesondere auf die Entscheidung von Unternehmen aus, Produktion in ihre Heimat zurückzuverlagern, ob es sich also noch lohnt, in einem anderen Land zu produzieren. Die globale Unsicherheit wird noch weiter steigen als ohnehin schon.

Záboji: Sie meinen die Unsicherheit seit Ausbruch der Handelskonflikte?

Marin: Nein, die Phase der Deglobalisierung setzte schon viel früher ein. Mitte der 1990er Jahre haben die Unternehmen in den reichen Industrieländern begonnen, durch die Verlagerung von Produktion in Niedriglohnländer in Osteuropa und Fernost ihre Kosten zu senken. Dazu beigetragen hat neben der politischen Liberalisierung eine Revolution der Transportkosten, die sogenannte Containerisierung. In dieser Phase der Hyperglobalisierung sind die globalen Wertschöpfungsketten regelrecht explodiert. Sie haben zu 60 Prozent dazu beigetragen, dass der Offenheitsgrad der Weltwirtschaft, also das Verhältnis von Ex- und Importen geteilt durch das globale Bruttoinlandsprodukt, gestiegen ist. Mit der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 ist dieser Prozess abrupt zum Erliegen gekommen.

Záboji: Was ist dann passiert?

Marin: Die Unsicherheit hat massiv zugenommen. Es gibt einen Index, den Stanford-Forscher entwickelt haben, und der zählt, wie oft in den Wirtschaftszeitungen von 150 Ländern das Wort „Unsicherheit“ oder Synonyme davon verwendet werden. Wenn man ihn verknüpft mit einer Datenbank, die die globalen Wertschöpfungsketten erfasst, lassen sich die Einflüsse von Finanzkrise, Eurokrise und Brexit klar erkennen.

Záboji: Aber der Weltwirtschaft ging es doch gar nicht so schlecht in den vergangenen Jahren.

Marin: Richtig, das liegt aber nicht zuletzt daran, dass die Unternehmen verstärkt in Roboter investiert haben. Das taten sie schon vor der Finanzkrise, die Bundesrepublik steht dabei neben Südkorea und Japan an vorderster Stelle: Kam in der deutschen Wirtschaft Mitte der 1990er Jahre ein Roboter auf 1000 Arbeitskräfte, waren es 2014 schon vier. Deutschland ist Weltführer der Roboterisierung.

Záboji: Die Roboterisierung rettet also, was die Turbulenzen der Weltwirtschaft vernichten?

Marin: Gehen wir zunächst noch einmal einen Schritt zurück: Aus Unternehmenssicht ist entscheidend, den Kostenvorteil einer

Verlagerung in ein Billiglohnland – das Verhältnis der Löhne im Billiglohnland zu den Löhnen in der Heimat einschließlich der Transportkosten – mit den Anschaffungskosten eines Roboters zu vergleichen. Die Finanzkrise war ein totaler Schock für dieses Verhältnis: Die Kosten der Produktionsverlagerung sind wegen der gestiegenen Unsicherheit nach der Finanzkrise gewachsen, und das gestiegene Risiko eines Ausfalls macht die Produktion in Lieferketten weniger attraktiv. Zugleich sind die Zinsen und somit die Kreditkosten für die Roboteranschaffung rapide gesunken.

Záboji: Und dieser Effekt war nicht nur von kurzer Dauer?

Marin: Im Gegenteil, das Tempo nimmt immer weiter zu, und Corona wird dieser Entwicklung nochmal einen kräftigen Schub verleihen. Ich gehe davon aus, dass das Coronavirus mindestens dreimal so viel Unsicherheit schaffen wird wie Sars Anfang der 2000er Jahre. Zudem ist die Roboterisierung in Deutschland schon stark vorangekommen, wodurch die Lohnkosten in der Produktion nicht mehr die entscheidende Rolle spielen. Dadurch rechnet sich die Rückverlagerung in das Hochlohnland Deutschland. Zusammen mit der gestiegenen Unsicherheit begünstigt all das die Roboterisierung stark. Zwar hat Erstere die Bereitschaft für jedwede Investition gesenkt, auch die in Roboter – unterm Strich, das zeigen unsere Ergebnisse, schreitet die Roboterisierung aber voran.

Záboji: Sind davon alle Wirtschaftsbereiche erfasst?

Marin: Für den Dienstleistungssektor kann man noch keine klaren Aussagen fällen. In der Industrie sind zahlenmäßig 60 Prozent aller Roboter im Automobilssektor, bei Herstellern und Zulieferern gleichermaßen. Die Rückverlagerung lässt sich jedoch am stärksten in der Chemieindustrie beobachten, gefolgt von der Metall- und der Elektroindustrie. Anekdotisch kann man auch Unternehmen wie den Sportartikelhersteller Adidas und den Spielzeughersteller Märklin nennen.

Záboji: Der Standort Deutschland steht also vor einer Renaissance?

Marin: Wir erleben tektonische Veränderungen in der Weltwirtschaft und, ja, können eine Renaissance der Industrie in Deutschland und in anderen reichen Industrieländern beobachten. Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung wird steigen, auch wenn dies nicht unbedingt den Beschäftigten zugutekommen wird. Donald Trump und das Coronavirus beschleunigen diese Entwicklung. Aber der eigentliche Auslöser dieser Reorganisation der Weltwirtschaft ist die Finanzkrise der Jahre 2008/2009.

Dalia Marin erforscht an der TU München die globalen Handelsbeziehungen.

© FAZ, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/dalia-marin-coronavirus-beguenstigt-die-roboterisierung-16658544.html>

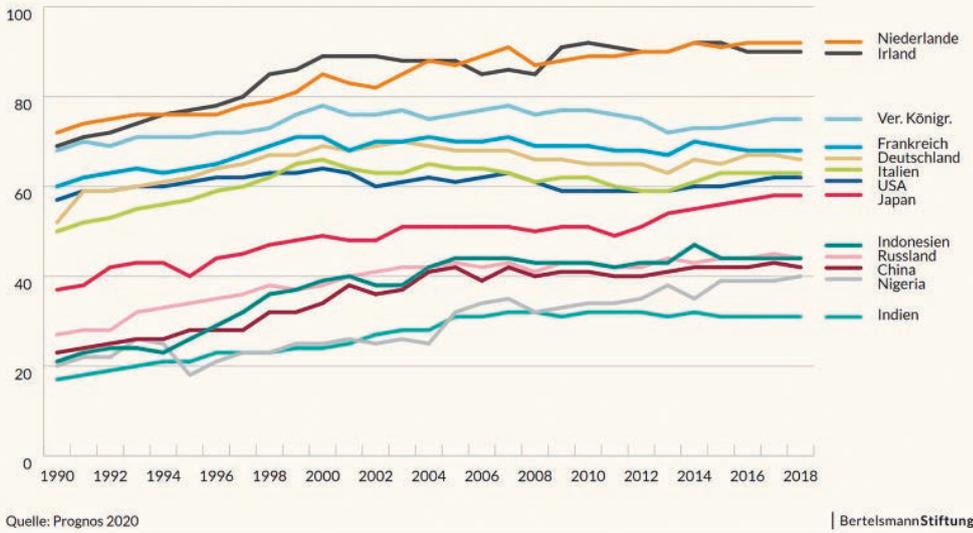
M 7 Globalisierungsreport 2020: Protektionismus ist die falsche Antwort auf Corona – die Globalisierung erhöht den Wohlstand, Bertelsmann-Studie 10.09.2020

Die Corona-Krise hinterlässt tiefe Spuren in den globalen Warenströmen und Wertschöpfungsketten. Der damit verbundene Rückgang der Globalisierung ist problematisch, denn der internationale Handel und die weltweite Arbeitsteilung haben den Wohlstand in vielen Ländern in den vergangenen knapp 30 Jahren teilweise deutlich erhöht. Das geht aus den Berechnungen der Prognos AG für die neue Ausgabe unseres Globalisierungsreports hervor. Der Report misst anhand eines Globalisierungsindex den Grad der internationalen Verflechtung von 45 Industrie- und Schwellenländern und berechnet auf dieser Basis die aus der Globalisierung resultierenden direkten Wohlstandsgewinne. Alle untersuchten Länder verzeichneten im Zeitraum zwischen 1990 und 2018 Zuwächse beim realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner, die sich auf die Globalisierung zurückführen lassen.

Sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungs- und Schwellenländer sind dabei Globalisierungsgewinner. Absolut betrachtet

ABBILDUNG 1 Die Globalisierung im Zeitverlauf

Ausprägungen des Globalisierungsindex für ausgewählte Länder

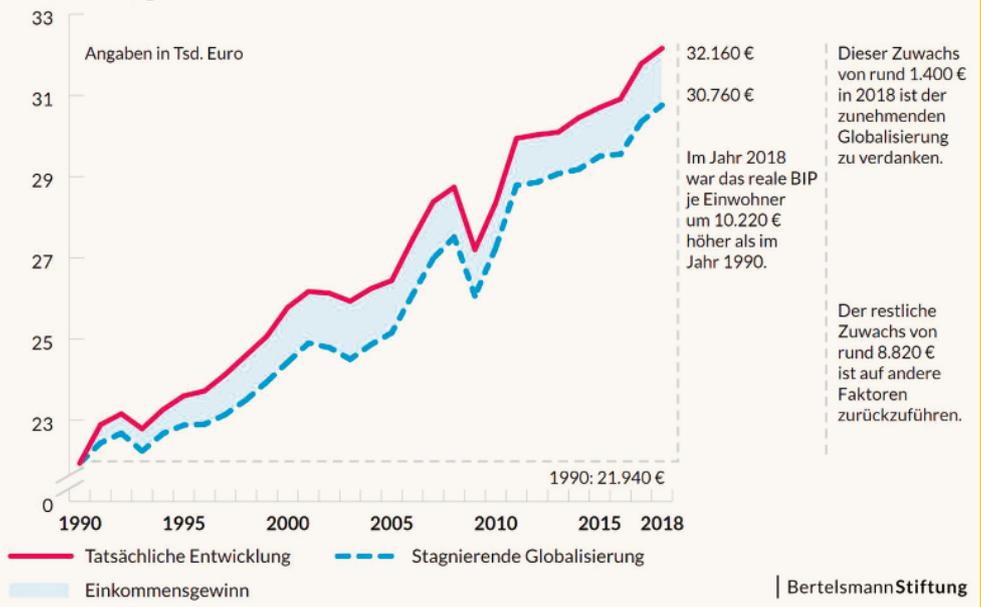


„Der Gesamtindex der Globalisierung setzt sich aus den drei Teilindizes Wirtschaft (Gewichtung: 60 Prozent), Soziales und Politik (Gewichtung: jeweils 20 Prozent) zusammen. Der Teilindex Wirtschaft bildet Indikatoren für grenzüberschreitende Verflechtungen in den Bereichen Güter- und Dienstleistungshandel sowie Lohnneinkommen und Kapitalströme ab. Neben Transaktionsgrößen gehen auch Beschränkungen wie Kapitalverkehrskontrollen in diese Werte ein. Die soziale Dimension umfasst Indikatoren u. a. zur kulturellen Nähe und zu persönlichen Kontakten. Die politische Globalisierung berücksichtigt Aspekte wie die Zahl internationaler Verträge oder die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen.“

haben allerdings vor allem entwickelte Industrienationen von den Globalisierungszuwächsen profitiert. Die größten aus der Globalisierung resultierenden, durchschnittlichen realen Einkommensgewinne je Einwohner und Jahr im Zeitraum von 1990 bis 2018 verzeichneten Japan (rund 1.790 Euro), Irland (rund 1.610 Euro) und die Schweiz (rund 1.580 Euro). Deutschland belegt mit einem durchschnittlichen Plus von 1.110 Euro pro Jahr und Kopf den siebten Platz. Am unteren Ende der Skala finden sich dagegen die großen Schwellenländer wie Brasilien, Russland und China. Die durchschnittlichen, globalisierungsbedingten BIP-Zuwächse liegen hier pro Jahr und Einwohner lediglich zwischen 95 und 136 Euro. Die niedrigen absoluten Gewinne in diesen Ländern resultieren vor allem aus dem geringen Ausgangsniveau des BIP pro Kopf zum Zeitpunkt der Messung 1990. Deshalb schneiden Industrieländer, die schon damals ein hohes Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen, bei den absoluten Zuwächsen besser ab. Relativ betrachtet holen viele Schwellenländer und junge Marktwirtschaften allerdings stark auf. Die Dynamik spiegelt sich in den zwischen 1990 und 2018 insgesamt erzielten globalisierungsbedingten Einkommensgewinnen in Bezug auf das reale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner des Jahres 1990. Diese Einkommensgewinne entsprechen in China 618 Prozent – das heißt, das Einkommen pro Kopf ist alleine durch die Globalisierung in den vergangenen drei Jahrzehnten um mehr als das Sechsfache gestiegen. Auf den nächsten Plätzen folgen

Südkorea (373 Prozent), Polen (366 Prozent), Ungarn (352 Prozent) und Chile (339 Prozent). Zum Vergleich: Deutschland belegt hier mit einem Zugewinn von 142 Prozent nur den 23. Platz. Die Globalisierung darf jedoch nicht nur anhand ihrer monetären Gewinne bewertet werden, sondern auch mit Blick auf ihre Folgen für den gesellschaftlichen Fortschritt. Um einen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit zu messen, haben die Autoren des Reports daher einen Index mit einer Skala von 0 bis 100 entwickelt, der sich an ausgewählten Nachhaltigkeitsindikatoren der „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen orientiert. Den Berechnungen zufolge ist die soziale Nachhaltigkeit in allen betrachteten Ländern im Untersuchungszeitraum gestiegen: von einem durchschnittlichen Indexwert von 62 im Jahr 1990 auf 81,5 im Jahr 2018 – ein Plus von 19,5 Punkten. Zugleich zeigt sich, dass stärker globalisierte Volkswirtschaften wie die Niederlande, Belgien und Irland einen höheren Wert für die soziale Nachhaltigkeit aufweisen als weniger globalisierte Volkswirtschaften. Die aus der Globalisierung resultierenden Zuwächse beim BIP geben Staaten zusätzlichen Spielraum, um die Lebensbedingungen ihrer Bürger:innen zu verbessern. „Stärker globalisierte Staaten können die Gewinne der Globalisierung zum Beispiel für Fortschritte in der Gesundheitsversorgung oder Bildung nutzen“, erläutert Thomas Rausch, unser Experte für internationale Beziehungen. Daher sei es umso wichtiger, dass Länder,

Entwicklung des realen BIP je Einwohner in Deutschland mit und ohne voranschreitende Globalisierung



© Beide Grafiken entstammen der Bertelsmann-Publikation

die bisher weniger an der Globalisierung teilhaben, stärker von ihr profitieren.

Wie die Berechnungen zeigen, profitiert die Weltwirtschaft deutlich von der Globalisierung. „Die Antwort auf die wirtschaftlichen Verwerfungen der Corona-Krise darf daher keinesfalls Protektionismus sein“, sagt Thomas Rausch. Schon jetzt sei jedoch zu beobachten, dass einzelne Staaten weitere Handelshemmnisse einführen und Umweltstandards abbauen. Rausch weiter: „Die aktuellen Abschottungstendenzen sehen wir mit großer Sorge. Denn der Versuch, die Globalisierung zurückzudrehen, würde mit Wohlstandsverlusten für alle Länder einhergehen.“

Es ist noch zu früh, die Auswirkungen des globalen Wirtschaftseinbruchs durch die Corona-Pandemie detailliert zu berechnen, da für das Jahr 2020 kaum belastbare Daten verfügbar sind. Um dennoch einen Anhaltspunkt zu liefern, haben die Autoren der Studie am Beispiel von Deutschland zunächst geprüft, welche Indikatoren im Globalisierungsindex von der Pandemie betroffen sind – zum Beispiel durch unterbrochene Lieferketten oder einen Rückgang des Tourismus. Im nächsten Schritt wurde auf Basis verschiedener Prognosen von renommierten Institutionen wie der OECD geschätzt, wie stark diese Indikatoren im Wert zurückgehen werden. Auf Grundlage des angepassten Globalisierungsindexwertes für Deutschland für 2018 (dem letzten Erhebungsjahr

des Globalisierungsreports) wurden die globalisierungsbedingten Einkommenszuwächse für Deutschland neu berechnet. Den Schätzungen zufolge würden sich – auf Basis des Jahres 2018 – die globalisierungsbedingten Einkommensgewinne je Bundesbürger durch die Pandemie um 100 bis 500 Euro für ein Jahr verringern. In der Frage nach der angemessenen Reaktion auf die Pandemie hält es Thomas Rausch in der gegenwärtigen Krise zwar für angebracht, Lieferketten zu überprüfen und Abhängigkeiten in sensiblen Industriebereichen zu reduzieren. Die Globalisierung eröffne jedoch auch viele Wege, um eine Krise besser zu meistern – zum Beispiel, indem sie Unternehmen die Möglichkeit bietet, auf inländische Angebots- oder Nachfrageeinbrüche zu reagieren. „Auch in der Corona-bedingten Rezession sollten die Entscheider in Wirtschaft und Politik darauf hinwirken, die Rahmenbedingungen und Standards der Globalisierung weiter zu verbessern. Zum Beispiel, indem sie sich für eine faire Reform der Welthandelsordnung einsetzen. Denn nur eine gleichberechtigte Teilhabe aller Länder am freien Handel kann für breiten Wohlstand sorgen“, betont Rausch.

© Bertelsmann-Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/september/protektionismus-ist-die-falsche-antwort-auf-corona-globalisierung-erhoeht-den-wohlstand>

Für alle, die mehr wissen wollen - die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW

- BÜRGER & STAAT – Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 12.80 Euro, www.buergerimstaat.de
- POLITIK & UNTERRICHT – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 14.00 Euro, www.politikundunterricht.de
- DEUTSCHLAND & EUROPA – Zeitschrift für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie und Kunst, Abonnement: 2 Hefte/Jahr 6.- Euro, www.deutschlandundeuropa.de

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: www.lpb-bw.de/zeitschriften.html